

Paul Ciupke

Wichtige Themen und Perspektiven der DDR-Geschichte in der außerschulischen politischen Bildung

Kaum jemanden ist bekannt, welche Bedeutung die Auseinandersetzung mit der DDR und dem sowjetisch geprägten Kommunismus sowie die damit zusammenhängende deutschlandpolitische Bildungsarbeit für die professionelle Entwicklung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in Bundesrepublik seit den 50er Jahren gehabt hat. Die ersten durch die Bundesregierung finanzierten Stellen für Jugendbildungsreferenten wurden nicht etwa dazu eingerichtet, um sich mit der nationalsozialistischen Periode kritisch auseinanderzusetzen. Als in den 50er Jahren noch Begegnungen von westdeutschen Jugendorganisationen mit der FDJ stattfanden, merkte man schnell, dass die Partner aus der Bundesrepublik schlecht für eine intensive ideologische Debatte gerüstet waren. Zusätzlich wurde die Situation aufgeladen durch den Kalten Krieg, die sich verschärfende Blockkonfrontation und die vielen Krisenausgänge Anfang der 60er Jahre, etwa den Bau der Mauer und der innerdeutschen Grenze sowie die Kuba-Krise. So standen die deutschlandpolitische Bildung und mit Abstrichen die Auseinandersetzung mit dem Marxismus lange im Mittelpunkt der bildungspolitischen Absichten und Förderprogramme in Westdeutschland.

Es gibt bisher keine historische Längsschnittuntersuchung bzw. Programmanalyse, welche Themenfacetten insbesondere bis zum revolutionären Bruch Ende 80er/Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts in besonderer Weise gefördert bzw. angeboten und von den Teilnehmern angenommen wurden. Eine solche Tiefenbohrung wäre bestimmt ganz lohnend, - auch im Hinblick darauf, wie sich die alten Deutungsmuster und Kontroversen als latent bis in die Gegenwart der Auseinandersetzung mit der DDR, der gesamtdeutschen Geschichte und der europäischen Konstellationen identifizieren lassen.

1. Strukturelle Bedingungen politischer Jugend- und Erwachsenenbildung

Aber es geht auch um mehr: Veranstaltungen der politischen Bildung in Bildungsstätten, Akademien, Volkshochschulen sind öffentliche Arenen, in denen diskursiv Orientierungen, Wertbezüge, Wissensbestände oder auch „nur“ Meinungen erarbeitet werden in der Absicht, dass diese nicht nur individuelle Dispositionen im Handlungsgefüge der Gesellschaft erlauben, sondern auch gesellschaftlich zustimmungsfähig sind. Eine Angebotsanalyse der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung ermöglicht also (bei aller methodischen Vorsicht) eine politisch-kulturelle Diskursgeschichte des Gemeinwesens und ihrer Öffentlichkeiten. Diese Betrachtung ist auch deshalb zulässig, weil die politische Jugend- und Erwachsenenbildung eine spezifische Verfassung aufweist, die idealtypisch durch drei Freiheiten gekennzeichnet ist:

- die Freiheit der Träger, das heißt ihre in der Regel nichtstaatliche und politisch-weltanschaulich vielgestaltige Existenz,
- die Freiheit des Angebotes bzw. der Programmplanung, also die Abwesenheit von staatlich bestimmten Lehrplänen,

- die Freiheit der Teilnahme, das bedeutet: TeilnehmerInnen kommen aufgrund eigener Präferenzen und nicht, weil sie geschickt werden oder einen Abschluss bzw. beruflich verwertbare Qualifikation erwerben wollen.

Freilich ist eine derartig ausgebaute politische Jugend- und Erwachsenenbildung, wie wir sie in Deutschland haben, ohne öffentliche Förderung nicht denkbar und der Staat versucht durch seine Förderprogramme und Richtlinien auch die inhaltliche Entwicklung mitzusteuern. Vor dem Hintergrund dieses Bedingungsgefüges wird dennoch schnell deutlich, dass es nicht einfach ist, politische Themen von außen in die Programme der Träger zu implementieren und dass das Zustandekommen und Wahrnehmen von Angeboten das Ergebnis einer komplexen Balance von Trägerprofilen, vorhandenen pädagogischen Kompetenzen, Nachfragepotenzialen bzw. Teilnehmerwünschen, milieubedingten Lernstilen, als aktuell politisch drängend empfundenen Themen und möglicherweise sonstigen Zeitgeisterscheinungen ist.

Außerschulische politische Bildung ist unter anderem einem demokratischen Meinungspluralismus verpflichtet, muss aber auch die Opferwürde wahren, offensichtlichen historischen Unsinn abwehren, darf die Differenz zwischen Diktatur und Demokratie nicht verwischen, soll aus der historischen Erfahrung Einsichten für die Gegenwart ableiten und die Menschenwürde stärken und dennoch auch die Grauzonen des Alltagslebens durchleuchten sowie die unterschiedlichen Biografien und individuellen Erfahrungshorizonte respektieren. Diese multiplen Erwartungen können aber auch schnell in Selbstüberforderung umschlagen.

2. Pädagogische Grundsätze

Der skizzierte besondere Rahmen einer relativen Autonomie bedingt auch entsprechende didaktische Prinzipien und einen gewissen pädagogischen Takt in der historisch-politischen Bildung mit Jugendlichen und Erwachsenen: etwa die Berücksichtigung der Interessen und Lernstile der Teilnehmer. Innerhalb unverzichtbarer normativer Vorgaben wie Respekt vor den Opfern der Diktaturen, klare Analyse der Geltung bzw. Nichtgeltung von Demokratie, Grundrechten und Selbstbestimmung und Ablehnung weltanschaulicher Monopolansprüche sollten in Veranstaltungen aber auch kontroverse Positionen und Deutungsvielfalt akzeptiert sein.

Historisch-politische Bildung stellt keine sekundäre Manifestation der Geschichtspolitik dar, sondern folgt einer eigenen komplexen Logik, ist ein eigenes Subsystem der Erinnerungskultur. Sie orientiert sich zwar am Stand der wissenschaftlichen Forschung verschiedener relevanter Disziplinen, bildet diese aber nicht einfach ab. Die Logik der Vermittlung erkennt auch ein anderes einzubeziehendes Expertentum an: das Alltagsexpertentum der Teilnehmenden, ihre Biografie- und Erfahrungskompetenz. Gelungene politische Bildung braucht die Teilnehmenden als Koproduzenten. Die Vermittlungsabsichten auf der Anbieterseite und die Interessen und Aneignungslogiken der Teilnehmenden sind nicht einfach identisch, sondern müssen anschlussfähig gehalten und ineinander übersetzt werden.

3. Bestandsaufnahmen

Die zuvor schon aufgezeigte vielfältige Konstruktion und die offenen Strukturen des Angebots der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung machen eine Programmanalyse zu einer mühseligen Angelegenheit. Eine von einem Team unseres Bildungswerks 2006 für die die

Zeit von 1990 bis 2005 vorgenommene Bestandsaufnahme ergab, dass es insbesondere in den 90er Jahren eine quantitativ und mit Abstrichen auch qualitativ sehr beachtliche Bildungspraxis im gesamten Trägerspektrum gegeben hat.¹ Diesem positiven Gesamtbild müssen aber einige einschränkende Bemerkungen angefügt werden: Seit dem Jahr 2000 scheint die Zahl der Veranstaltungen kontinuierlich zuschrumpfen. Das vergangene Jahr 2009 als Jubiläumsjahr der friedlichen Revolution bildet freilich eine Ausnahme, denn es gab eine große Zahl geschichtspolitisch motivierter Projekte und Bildungsangebote. 2010 konzentrieren sich etliche Veranstaltungen auf den Rückblick des Vereinigungsprozesses. Abseits dieser durch Jahrestage bedingten Themenkonjunkturen ist das aktuelle Bild aber ziemlich unklar.

Als Ergebnis unserer damaligen Untersuchung kann im Hinblick auf die thematischen Schwerpunktsetzungen bis 2005 folgendes zusammengefasst werden. Bei etwa der Hälfte der mehr als tausend von uns damals identifizierten Veranstaltungen war der DDR-Bezug ein indirekter oder im Gesamtarrangement ein partieller. Ein indirekter Bezug liegt z.B. vor, wenn die Probleme der deutschen-deutschen Kommunikation und des Zusammenwachsens nach 1989 thematisiert werden. Hier verflochten sich zumeist gegenwärtige Probleme mit einem Blick in die Vergangenheit. Ein partieller Bezug bedeutet, dass im Rahmen von regionalen Erkundungen oder Städteseminaren, etwa eines einwöchigen Berlinseminars, die Gedenkstätten oder Museen aufgesucht werden und damit die DDR-Geschichte **auch** angesprochen wird. Typisch ist ein einwöchiges Berlinseminar mit einem Abstecher in die Mauer-Gedenkstätte oder nach Hohenschönhausen. Diese nur teilweisen Berührungen mit der DDR-Geschichte in Veranstaltungen und dieses Nippen an der Vergangenheit stellen den häufigen Fall dar; sie können sinnvoll sein, um Schwellenängste abzubauen und die Neugierde zu wecken.

Mit dem Besuch von Lernorten, die Grenze, Bespitzelung oder Inhaftierung zum Gegenstand haben, verknüpft sich ein zweites, häufig behandeltes Thema, nämlich das der Repression. Der Stasi- und Überwachungsstaat scheint die vorherrschende Signatur der DDR in Veranstaltungsankündigungen zu bilden.

Die vorwiegend in Veranstaltungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung angesprochenen Themen oder Themencluster sind weder historisch-politisch beliebig, irrelevant oder gar falsch. Dennoch muss nach der Berechtigung und Sinnfälligkeit dieser Gewichtungen und auch der angewandeten Lernformen gefragt werden. Es zeigt an, dass andere mögliche Zugänge und komplexere Seminarkonstruktionen mit u. U. anspruchsvolleren historiografisch und politikwissenschaftlich ausbalancierten Erklärungsansätzen zu wenig genutzt werden oder keine ausreichende Resonanz finden.

Schwierig wird es mit den genuin gesellschaftspolitischen und ideologischen Fragen und Themen. Diese sind fraglos im Gesamterscheinungsbild unterrepräsentiert. Wenn wir eine Beschäftigung damit angetroffen haben, dann zumeist in der traditionellen Kurzform des Vortrags bzw. der exklusiveren Form der Tagung, veranstaltet von Stiftungen, Akademien und gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen. Ohne Zweifel sind die Seminarkonstruktionen, in denen die DDR als Ganzes und die DDR-Gesellschaft als umfassender und auch in sich wi-

¹ Vgl. Heidi Behrens/Paul Ciupke/Norbert Reichling: Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in der politischen Erwachsenenbildung, Essen 2006, die Studie ist in der Druckversion vergriffen, aber im Internet weiterhin zugänglich: www.hu-bildungswerk.de, unter „Online-Archiv“.

dersprüchlicher Entwicklungsprozess begriffen wird ganz wesentlich für ein kritisches Durchleuchten des „Experiments DDR“. Veranstaltungen zu diesen Themenkreisen arbeiten auch stärker als andere Zugriffe mit entsprechenden historischen, politologischen, soziologischen und philosophisch-kritischen Forschungsergebnissen, die für eine schnelle, schematische und allzu sehr Gewissheit verheißende Aneignung weniger taugen.

Zum Schluss dieser kurzen Bestandsaufnahme sei noch festgehalten, dass wir wenig über die Teilnehmenden an solchen Veranstaltungen, ihre regionale Herkunft, das Alter, den Bildungstand und ähnliches mehr wissen.

4. Thematische Desiderate

Damit komme ich zu der Frage, welche Perspektiven und Themen in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung stärker berücksichtigt werden könnten und sollten. Ich bitte die folgenden Ausführungen als persönlichen, aber von der Sache her begründeten Vorschlag zu werten und nicht als politische Steuerungsempfehlung.

Die Rolle der SED und ihre Ideologie

Mit der Präferenz des Blicks auf die Sicherheitsorgane und Unterdrückungsapparate geht oft die Wahrnehmung der Rolle der Partei und anderer Instanzen bzw. verantwortlicher Institutionen verloren. Vergessen wird auch, dass die Partei SED ein Monopol auf das richtige politische und geschichtsphilosophische Wissen für sich beanspruchte und behauptete, qua selbst zugeschriebener Rolle der Baumeister einer besseren Welt zu sein. Einen derartigen Weltanschauungsabsolutismus mit ausgeklügelter Dogmatik und Auslegungspraxis hat es in anderen umfassenden Herrschaftssystemen kaum gegeben und dieses Spezifikum verdiente es, auch heute noch genauer in der politischen Bildung behandelt zu werden.

Umso dankbarer muss man im Nachhinein darüber sein, dass die Vertreter der Bürgerbewegungen in der DDR und die Dissidenten in Mittel- und Osteuropa dem Westen ein Bewusstsein der Bedeutung von Bürgerrechten, Meinungsfreiheit, liberaler Demokratie und Öffentlichkeit „zurückgeschenkt“ haben, denn diese wurden vor 1989 im Westen selbstverständlich gelebt, aber nicht immer gebührend anerkannt und angemessen begriffen.² Hier liegt – jenseits der anhaltenden und manchmal kaum noch nachvollziehbaren Debatten über den Totalitarismus als Erklärungsansatz – ein reizvolles und noch nicht verbrauchtes Potenzial auch für eine Europa umspannende politische Bildungsarbeit. Mehr als andere an wichtigen historischen Ereignissen hängende Gedenkjahre scheint das Jahr 1989 geeignet, als eine positive Ressource für die demokratische Identitätsbalance in Europa zu wirken.

Der Alltag: „Händler und Helden“

In den konzeptionellen Diskussionen zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte ist nach wie vor umstritten, inwieweit die Auseinandersetzung mit dem Alltag eine gerechtfertigte Perspektive ist. Manche befürchten eine Weichzeichnung der Verhältnisse und eine Verteidigung solcher Gesichtspunkte, die Merkmale der Diktatur stark relativieren. In einigen Diskussionen, etwa um den Begriff „Unrechtsstaat“; wollte man das private Leben von dem gesellschaftlichen

² Dazu auch instruktiv: Janos Kis: Das Erbe der demokratischen Opposition, in Transit. Europäische Revue Nr. 18 (Winter 1999/2000), Wien, S. 17-40.

oder politischen Leben unterschieden wissen, um so die – durchaus berechtigt geforderte – Anerkennung von Lebensleistungen sicherzustellen. Aber so fein säuberlich wird man in den Grauzonen des Alltags nicht trennen können. Es bleibt ein Spezifikum von Diktaturen, dass ihre Imperative und Unterdrückungsformen auch in alle Ritzen des Alltagslebens einzudringen pflegen.

Die englische Historikerin Mary Fulbrook nennt die DDR eine „partizipatorische Diktatur“³ und spielt damit unter anderem auf den hohen Grad der funktionalen Verwicklung von Menschen in den DDR-Staat und die Gesellschaft an. Ehrhart Neubert – gewiss nicht verdächtig, die DDR „weichzuspülen“ – unterscheidet drei Handlungstypen bzw. Alltagsstrategien: die der Utopisten, der Händler und der Moralisten.⁴ Als die häufigste Variante sieht er den Händler, „der sich pragmatisch an Nützlichkeitsabwägungen orientiert.“⁵ Das Lavieren war wohl der Normalfall und dieses führte dazu, dass es wenig „Helden“ gab. Bis Anfang 1989 war die Gruppe der echten Dissidenten in der DDR eine verschwindend kleine.

Wenn hier für eine verstärkte Berücksichtigung des Alltags in der Bildungsarbeit plädiert wird, dann u. a. deshalb, weil durch diese Perspektive die ganze Komplexität wie Banalität des DDR-Lebens in den Blick gerät, aber auch Verfremdungseffekte und Enttypisierungserfahrungen möglich sind. Und Elena Demke weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass „Adressaten angeregt werden, das Politische auch des eigenen – vergangenen wie gegenwärtigen – Alltags als Herausforderung zu entdecken“.⁶

Der „Arbeiter- und Bauernstaat“

Was der Bildungskatalog der Bundesstiftung Aufarbeitung als „Leben in der Diktatur“ rubriziert, umfasst neben dem Alltag vor allem den Bereich der Wirtschaft.

Auffällig ist die geringe Beschäftigung in Veranstaltungen mit der DDR als „Arbeiter- und Bauernstaat“, also die Auseinandersetzung mit der Welt der Arbeit.⁷ Die baulichen Spuren der DDR-Ökonomie sind kaum noch sichtbar, so dass die Erinnerung an Mangelwirtschaft und Planungeuphorien sich an diesen Zeugnissen einer spezifischen „Industriekultur“ nicht mehr abarbeiten kann. Der Sozialismus sowjetischer Prägung proklamierte für sich eine dem westlichen Kapitalismus und der mit ihm verbundenen Demokratie überlegene Modernisierungslogik, die jedoch scheiterte.⁸ Arbeiter/innen und Techniker/innen mussten unter schwierigsten Bedingungen wirken und oftmals nach unkonventionellen Lösungen suchen. Was auf der einen Seite loben würde, in Geschichtswerkstätten auch in Teilen Leistung und Eigensinn anerkennend zu erforschen und zu beschreiben, ist aber nur die traurige Kehrseite eines Steuerungswahns und einer sich nicht um die Individuen kehrenden, mechanisch verstandenen Mo-

³ Vgl. Mary Fulbrook: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, S. 251ff

⁴ Ehrhart Neubert: Alltag und Herrschaft in der DDR. Unterschiedliche Alltagsstrategien, in: Günther Heydemann/Eckhard Jesse (Hg.): 15 Jahre deutsche Einheit. Deutsch-deutsche Begegnungen, Deutsch-deutsche Beziehungen, Berlin 2006, S. 327ff.

⁵ a.a.O., S. 335

⁶ Elena Demke: Der Alltag: hochkomplex und ganz banal, in: Heidi Behrens/Paul Ciupke/Norbert Reichling (Hg.): Lernfeld DDR-Geschichte. Ein Handbuch für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach Ts. 2009, S. 185

⁷ Dazu ist letztes die umfassende Studie von Christoph Kleßmann erschienen: Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945-1971), Bonn 2007.

⁸ Über Gründe und Ausmaß des Scheiterns wird wahrscheinlich künftig noch zu streiten sein.

dernisierungsmaschine. Die gesellschaftspolitischen Ambitionen, die sozialpolitischen Versprechen besaßen in der sozialistischen Ideologie einen zentralen Stellenwert, der in vielen verklärenden Erinnerungen noch nachhallt.

Gegen eine solche gesellschaftsgeschichtliche Perspektive haben sich wiederholt Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder mit dem Argument gewandt, sie reduziere „die Diktatur auf eine zu vernachlässigende Rahmenbedingung für das Leben der Einzelnen“.⁹ Die französische Sozialwissenschaftlerin Sandrine Kott erklärt hingegen das Interesse an einem modernisierungstheoretischen Ansatz so: „Es geht ... weniger um das Erkenntnisobjekt einer DDR „an sich“ als um die DDR als ein Forschungsfeld, auf dem sich eine Reihe von Problematiken entwickeln lassen, die allgemein für das Verständnis moderner Gesellschaften unverzichtbar sind und dazu beitragen werden, die DDR erneut in die westliche Moderne einzuschreiben, sie also gerade nicht zu einer „Fußnote“ der Weltgeschichte verkommen zu lassen.“¹⁰

Die Entnationalisierung der Beobachtungsperspektive

In den kürzlichen Vergegenwärtigungen des unglaublichen Jahres 1989 wurden oft die europäischen Zusammenhänge von Widerstand und Auflösungsmomenten des kommunistischen Systems vergessen: die Dissidentenbewegung und die Solidarnosc in Polen, der langsame Zerfall der Parteiherrschaft in der UdSSR, die Liberalisierungsprozesse und Grenzöffnungen in Ungarn, das Flüchtlingsdrama in der deutschen Botschaft in Prag bildeten wichtige Bausteine des Endes der SED-Herrschaft und dieses Ende wirkte wiederum zurück auf Akteure und Prozesse in den Nachbarländern. Die Wahrnehmung der friedlichen Revolution als allein oder überwiegend deutsches Ereignis wäre eine völlige Verzerrung der Zusammenhänge. Aber im manchmal überschäumenden gesamtdeutschen Revolutionsstolz geht die europäische Einbettung der DDR-Geschichte schnell verloren. Gegen eine „Verinselung“ der DDR-Geschichte haben die Zeithistoriker Martin Sabrow und Thomas Lindenberger schon früher argumentiert: „Die DDR drängt sich als Untersuchungsobjekt für transnationale Perspektiven geradezu auf. Ebenso wie die westdeutsche ist die ostdeutsche Geschichte nach 1945 zu keinem Zeitpunkt nur aus sich selbst heraus erklärbar. Immer war ihre Entwicklung das Produkt sich überlagernder nationaler und internationaler Entwicklungen und Entscheidungen.“¹¹ Was für die Forschung gilt, trifft ebenso auf die außerschulische politische Bildung zu. Und sie könnte mit der europäischen Akzentuierung vielleicht auch die oftmals vorhandene westdeutsche Beschäftigungsunlust mit der DDR überwinden helfen. Und was hier nur konstatiert werden kann, ist die Notwendigkeit, die Befassung mit der DDR-Geschichte auch in der erforderlichen historischen Tiefe, also unter Einbezug der stalinistischen Verbrechen vor 1945, zu betreiben.

⁹ Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder: Oh wie schön ist die DDR. Kommentare und Materialien zu den Ergebnissen einer Studie, Schwalbach/Ts., 2009, S. 17

¹⁰ Sandrine Kott: Der Beitrag der französischen Sozialwissenschaften zur Erforschung der ostdeutschen Gesellschaft. Einleitung, in: Sandrine Kott/Emmanuel Droit: Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive, Berlin 2006, S. 23

¹¹ Vgl.: Sabrow, Martin/Lindenberger, Thomas: Das Findelkind der Zeitgeschichte. Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte. In: Frankfurter Rundschau, 12.11.2003, wieder abgedruckt in: Frank Möller/Ulrich Mähler (Hg.): Abgrenzung und Verflechtung. Das geteilte Deutschland in der zeithistorischen Debatte, Berlin 2008, S. 169

5. Fazit

Es wäre natürlich völlig falsch, eine normative und demokratietheoretische Betrachtung der Diktatur und einen gesellschaftspolitischen Ansatz gegeneinander auszuspielen. Aber eine Entnationalisierung und interdisziplinär angelegte Vervielfältigung der Perspektiven könnte vielleicht zu umfassenderen und komplexeren Verständnissen führen, was einer anspruchsvollen politischen Bildung nur gut zu Gesicht stehen würde. **Das** Narrativ über die Geschichte des deutschen Kommunismus bzw. eine „DDR-Formel“¹², die alles Wesentliche der DDR-Geschichte zu komprimieren vermöchte, wird sich wohl nicht finden lassen.

Aber die Gefahr einer manchmal endlos anmutenden Selbstbestätigung einmal implementierter Bilder der DDR sollte besonders in der politischen Erwachsenenbildung, die sich mit einem Wort von Hans Tietgens auch als **Suchbewegung** charakterisieren lässt, mit pädagogischer Experimentierfreude angegangen werden.

Ich erinnere mich, dass ich – wie viele meiner Generation – in den 70er Jahren nach einigen Studien von politischen und historischen Werken über den – wie man damals auch in Westdeutschland üblicherweise sagte – Faschismus glaubte, diesen nun angemessen begriffen zu haben. Das war ein ziemlich vorschnelles und recht falsches Urteil. Diese Selbstbeziehung und die angedeutete historische Parallele sollen hier nur soweit tragen, als dass ich die Trägheit ein wenig beinträchtigen möchte, mit der die bisherigen Deutungen und Interpretationen der DDR und des europäischen oder auch weltweiten kommunistischen Projekts schon manchmal als abschließend betrachtet werden. Vielmehr möchte ich dazu ermutigen, mit mehr Offenheit und Neugierde, facettenreicher und im Bewusstsein einer komplizierten Wahrheit die charakteristischen Elemente der DDR wieder und wieder herauszuarbeiten. Schließlich plädiere ich für ein aktiv forschendes und projektförmiges Lernen, das mehrtägig gerade in den Bildungsstätten, Heimvolkshochschulen und Akademien realisiert werden kann. Jedenfalls hat die außerschulische politische Bildung die Chance, kreativer, mit einem anderen Zeitrhythmus als die Schule und vor allem auf der Basis freiwilliger Teilnahme eine nachhaltige Auseinandersetzung mit der DDR- und Kommunismusgeschichte anzustoßen.

Beitrag zur Tagung „Reise in ein fernes Land“? Die DDR als Teil gesamtdeutscher Geschichte in der Bildungspraxis in Berlin, 17. bis 19. Mai 2010, veranstaltet vom Bildungswerk der HU in Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

¹² Vgl.: Sabrow, Lindenberger, a.a.O., S. 165